

Burgdorf, 16.05.2018

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie** der Stadt Burgdorf am **23.04.2018** im Sitzungssaal des Rathauses I, Marktstr. 55

18.WP/A-JuF/010

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:10 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:10 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:30 Uhr

Anwesend: **Vorsitzende**

Gersemann, Christiane

stellv. Vorsitzende

Birgin, Gurbet

Mitglied/Mitglieder

Meinig, Birgit
Neitzel, Beate
Nijenhof, Rüdiger
Paul, Matthias

- bis 18.48 Uhr -

Stimmberechtigtes Mitglied

Ev. Kirche Härtel, Andreas
Lehrke-Ringelmann,
Doris
Scher, Olaf
von Oettingen, Gero

Beratende/s Mitglied/er

Vertreterin Kinderschutz-
bund Beigel, Astrid
Bruns, Andrea
Kath. Kirche Karras, Martin
Kuchenbecker-Rose,
Antje
Kugel, Michael
Niemann, Jens
Ruhkopf, Susanne
Tietje, Marina
Richter
Stadtjugendpfleger von Tiling, Klaus
Witte, Bernd

- entschuldigt -

- entschuldigt -

- entschuldigt -

- entschuldigt -

stellv. Beratende/s Mitglied/er

Vasterling, Benjamin

- Für Frau Tietje -

Gast/Gäste

stellvertretende Vorsit-
zende des Stadtkitabeira-
tes
Vorsitzende des Stadt-
kitabeirates

Piefke, Sandra

- ab 17.07 Uhr -

Wolbring, Susanne

Verwaltung

	Baxmann, Alfred	- ab 17.17 Uhr - - bis 18.46 Uhr -
Pflegekinderdienst	Beil, Kathrin	
Leiterin der Kita Freibad	Hübert, Birgit	- ab 17.25 Uhr -
Pflegekinderdienst	Jastremski, Sabine	
	Ludwig, Maike	
	Pape, Petra	- bis 18.37 Uhr -
	Raue, Nicole	
Pflegekinderdienst	Schaller, Waltraud	
Kita Freibad	Schewe, Gabi	
	Szramka, Monika	

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
 2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 05.02.2018
 3. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 3.1. Kindertagespflegefachberatung - Vorstellung
 - 3.2. Elterninformation zur Einführung von Schließzeiten in den städtischen Kindertagesstätten
Vorlage: M 2018 0510
 - 3.3. Positionspapier der Lenkungsgruppe Frühe Hilfen in Burgdorf zur Beteiligung in der Jugendhilfeplanung
Vorlage: M 2018 0542
 - 3.4. Ausbau des Familienservicebüros als zentrale Anlaufstelle für Familien und Koordinierungsstelle für alle familienunterstützenden Angebote
Vorlage: M 2018 0541
 - 3.5. Stellungnahme des Burgdorfer Bündnis für Familien im Ausschuss für Jugendhilfe und Familie
Vorlage: M 2018 0545
 - 3.6. Entwicklung der Geburtenzahlen
Vorlage: M 2018 0537
- Jugendhilfeangelegenheiten
4. Pflegekinderdienst - Bericht

5. Betriebsabrechnung ‚Kindertagesstätten 2016‘
Vorlage: BV 2018 0522
6. Zuschüsse an Jugendgruppen
Vorlage: BV 2018 0533
7. "Anpassung der Förderrichtlinien zur Jugendarbeit der Stadt Burgdorf", Antrag der FreieBurgdorfer
Vorlage: A 2018 0518
8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung
Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner bittet um Erklärung, warum die Einwohnerfragestunde zusätzlich vor der Sitzung durchgeführt werde.

Frau Gersemann erläutert, dies werde zunehmend in den Sitzungen eingeführt, damit Jugendliche und andere interessierte Gruppen nicht bis zum Ende der oft langen Sitzungen warten müssten.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Gersemann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Verwaltung, Frau Wolbring als Vorsitzende des Stadt-kindertagesstättenbeirates und Frau Piefke als ihre Stellvertreterin. Herzlich begrüßt werden Herr Vasterling als neues stellvertretendes beratendes Mitglied sowie Frau Jastremski und Frau Schewe von der Kita Freibad sowie Frau Böhm, Frau Beil, Frau Schaller, Frau Ludwig und Frau Hübert von der Verwaltung. Entschuldigt haben sich Herr von Tiling, Herr Karras und Herr Witte.

Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Frau Gersemann teilt mit, dass die Tagesordnung um den Punkt 3.6 erweitert wurde.

2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 05.02.2018**

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie vom 05.02.2018 wird **einstimmig** genehmigt.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

a) **Frau Raue** teilt mit, dass Frau Daniela Jessolat in der Kindertagesstätte Südstern zum 01.05.2018 die Leitung übernehmen werde.

b) In der Astrid-Lindgren-Grundschule bestehe die Überlegung, das Angebot der Offenen Ganztagschule, das derzeit von montags bis donnerstags in Anspruch genommen werden könne, auf den Freitag auszuweiten. Aus der Elternschaft sei dieser Wunsch an die Schulleitung herangetragen worden. Die Ausweitung des OGS-Angebotes würde sich auf das Hortangebot auswirken. Die Gespräche seien diesbezüglich bereits aufgenommen worden. Um den Betreuungsbedarf erfassen zu können, solle noch vor den Sommerferien eine Elternbefragung erfolgen. Der Fragebogen werde derzeit gemeinsam erarbeitet. Sollte sich der Bedarf nach einer Erweiterung des OGS-Angebotes auf den Freitag bestätigen, werde zugleich das OGS-Angebot konzeptionell überarbeitet. Beide Teams, sowohl das Team der OGS als auch das Team Hort, seien in die konzeptionellen Überlegungen eingebunden.

c) **Frau Raue** führt weiterhin aus, dass die in den städtischen Kindertagesstätten tätigen Krippenmitarbeiter*innen in den vergangenen zwei Jahren an einer Krippenfortbildung teilgenommen hätten. Das Fortbildungsangebot habe insgesamt zehn Module zu frühkindlichen Bildungs- und Bindungsthemen umfasst. Von 21 Teilnehmerinnen hätten kürzlich insgesamt 15 Teilnehmerinnen die Fortbildung mit einem Zertifikat abgeschlossen. Das sei ein sehr gutes Ergebnis und zugleich ein wichtiger weiterer Schritt in der Qualitätsentwicklung.

Frau Gersemann befürwortet den Ansatz, die Mitarbeiter*innen der Einrichtungen auch künftig gruppenweise zu Fortbildungen zu entsenden. Es sei schwierig für Einzelpersonen, die gelernten Inhalte in Gänze weiterzuvermitteln.

d) Die Arbeitsgemeinschaft zur Neuaufgabe des Jugendliteraturwettbewerbs habe sich erstmals getroffen und vielversprechende Ansätze erarbeitet. Dabei seien Unter-Arbeitsgruppen gebildet worden. Über die Ergebnisse werde der Ausschuss auf dem Laufenden gehalten.

3.1. **Kindertagespflegefachberatung - Vorstellung**

Frau Böhm stellt ihre Arbeit als Fachberatung für Tagespflegepersonen vor.

Herr von Oettingen möchte wissen, wo die Stelle angesiedelt sei.

Frau Böhm erläutert, dass sie zum Team der Jugendverwaltung im Rathaus I gehöre.

Frau Gersemann verweist auf die kürzlich vom Ausschuss besuchte Großtagespflege und bekräftigt die hervorragende Qualität und die Ebenbürtigkeit dieser Betreuung der Jüngsten zur Krippenbetreuung.

Frau Böhm macht deutlich, welche Vielfalt es auch innerhalb der Tagespflegestellen mit Groß- aber auch Einzeltagespflegestellen gebe. Derzeit sei sie dabei, die einzelnen Einrichtungen kennenzulernen, eine Beziehung aufzubauen und Problembehandlungen anzubieten. Dazu zählten auch Reflexionsgespräche und kollegiale Fallberatung. Beispielhaft nennt sie, dass in der Zeit der Grippewelle vielen Eltern verdeutlicht werden musste, dass erkrankte Kinder nicht bei der Tagespflegeperson verbleiben konnten. In Konfliktsituationen komme es auch vor, dass Gespräche mit der Tagespflegeperson und den Eltern geführt werden.

Frau Raue bekräftigt, dass es auch in den städtischen Kindertagesstätten die Problematik gebe, dass kranke Kinder gebracht würden. Die Ansteckungsgefahr bestehe nicht nur für die anderen Kinder, sondern auch für die Mitarbeiter*innen der Einrichtung. Mit Unterstützung des Stadtkitabeirats habe man für mehr Verständnis bei der Elternschaft geworben. Durch ein Elternschreiben sei die Akzeptanz bei der Elternschaft auch erreicht worden.

Frau Wolbring bestätigt die Wichtigkeit der Sensibilisierung der Elternschaft. Dies müsse aus der Elternschaft für die Elternschaft kommen und regelmäßig thematisiert werden.

Frau Pape weist darauf hin, dass andere Kommunen wie die Region Hannover und die Stadt Sehnde Verträge mit Diensten wie z.B. Fluxx abschließen. Diese ständen in Notsituationen auf Abruf bereit. Die Zahlung erfolge über die Elternschaft.

Herr Nijenhof warnt davor, die Eltern aus der Verantwortung herauszunehmen, da der Erziehungsauftrag bei den Eltern liege. Dennoch könne er sich vorstellen, Dienste wie Fluxx oder andere Institutionen zur Vorstellung ihrer Arbeit in den Ausschuss einzuladen.

Frau Meinig legt dar, dass kranke Kinder ihre vertrauten Bezugspersonen bräuchten und keine Fremden.

Frau Piefke betont, dass beide Seiten zu sehen seien. Es gebe viele Alleinerziehende, die in der Probezeit Gefahr liefen, ihren Job zu verlieren.

Frau Wolbring kritisiert, dass die Einsicht hinsichtlich der Betreuung kranker Kinder durch einen Elternteil bei vielen Arbeitgebern noch nicht gegeben sei.

Herr Vasterling macht aus Sicht der Kindertagesstätten deutlich, dass es sich die Einrichtungen nicht leicht machten, Eltern um die Abholung der Kinder bei Erkrankung zu bitten. Durch den Elternbrief bestehe inzwischen ein besseres Verständnis.

**3.2. Elterninformation zur Einführung von Schließzeiten in den städtischen Kindertagesstätten
Vorlage: M 2018 0510**

Frau Raue erläutert die Vorlage.

Sie macht deutlich, dass eine große Unsicherheit bei der Elternschaft hinsichtlich der bestehenden Urlaubsplanungen herrsche. Bei der Stadtkitabeiratssitzung konnte dies durch die Transparenz der beabsichtigten Vorgehensweise entkräftet werden. Ein Konzept werde derzeit in Zusammenarbeit mit der Elternschaft unter Beteiligung des Personalrates erarbeitet. Der Ausschuss werde auf dem Laufenden gehalten.

**3.3. Positionspapier der Lenkungsgruppe Frühe Hilfen in Burgdorf zur Beteiligung in der Jugendhilfeplanung
Vorlage: M 2018 0542**

Frau Beil und **Herr Niemann** erläutern die Vorlage.

**3.4. Ausbau des Familienservicebüros als zentrale Anlaufstelle für Familien und Koordinierungsstelle für alle familienunterstützenden Angebote
Vorlage: M 2018 0541**

Frau Gersemann verweist auf einen Beschluss aus Februar 2007, mit dem die Voraussetzungen zur Schaffung einer Familienservicestelle beschlossen wurden.

Herr Niemann bekräftigt die Notwendigkeit einer Anlaufstelle, die eine kompetente Unterstützung biete.

Frau Beil ergänzt, dass bei der Elternbefragung dieser Wunsch aus der Elternschaft als ausschlaggebender Punkt gekommen sei.

Frau Gersemann sieht die Umsetzung dieses Wunsches als einen wichtigen Punkt im Sinne des Stadtmarketings an.

Herr Nijenhof fragt nach, ob hierzu zusätzliches Personal vonnöten sei oder eine Strukturveränderung mit dem bestehenden Personal möglich sei.

Frau Gersemann erläutert, dass das Familienservicebüro derzeit mit einer Vollzeit- und einer Teilzeitstelle besetzt sei. Sinnvoll sei es, wenn hierzu ein Konzept erarbeitet würde. Hierüber möge der Ausschuss in der nächsten Sitzung abstimmen.

Herr von Oettingen möchte wissen, wie die Öffnungszeiten aussehen würden.

Herr Niemann teilt mit, dass sich die Öffnungszeiten des Familienservicebüros an denen der allgemeinen Verwaltung orientieren würden.

Herr Nijenhof plädiert dafür, die bessere Erreichbarkeit für Familien bei den Öffnungszeiten zu berücksichtigen.

3.5. **Stellungnahme des Burgdorfer Bündnis für Familien im Ausschuss für Jugendhilfe und Familie**
Vorlage: M 2018 0545

Frau Pape erläutert die Vorlage.

3.6. **Entwicklung der Geburtenzahlen**
Vorlage: M 2018 0537

Frau Raue erläutert die Vorlage.

Jugendhilfeangelegenheiten

4. **Pflegekinderdienst - Bericht**

Frau Schaller, Frau Hübert und **Frau Ludwig** berichten eindrucksvoll von ihrer Arbeit.

Frau Gersemann zeigt sich tief beeindruckt. Sie habe an Teilen der letzten Schulung von potentiellen Pflegeeltern teilgenommen und sei sehr bewegt gewesen, wie offen diese mit ihren Beweggründen umgingen und mit welcher Ernsthaftigkeit das Interesse an einer solchen Tätigkeit betrieben werde.

Frau Kuchenbecker-Rose bittet darum, den Pflegeeltern vom Ausschuss ein großes Dankeschön für ihre Arbeit zu übermitteln. Man müsse enorme Hochachtung davor haben, welche Veränderungen für das eigene Familienleben mit der Übernahme von Pflegetätigkeiten einhergingen.

Frau Wolbring fragt nach, ob es auch Fälle gebe, in denen Kinder nicht zu vermitteln seien oder es sogar sinnvoller wäre, diese nicht in Pflegefamilien unterzubringen.

Frau Hübert bestätigt dies. Wenn es keine geeignete Familie für Kinder gebe, käme eine Unterbringung in einer Heimeinrichtung zum Tragen. In Ausnahmefällen sei dies manchmal sinnvoll, wenn die Nähe in einer Familie für dieses Kind nicht auszuhalten sei.

Herr Nijenhof zeigt sich ebenfalls tief beeindruckt von der Arbeit des Pflegekinderdienstes und bedankt sich.

Frau Ruhkopf erkundigt sich nach der Auswahl der Pflegeeltern und ob es mitunter auch Absagen potentieller Pflegeeltern gebe.

Frau Schaller erläutert, dass die potentiellen Pflegeeltern bereits einen langen Prozess durchlaufen haben, bis sie sich überhaupt bei ihnen melden. Voraussetzung sei, dass eine Person ein festes Einkommen generieren müsse. Auch bei Pflegepersonen, die bis zu 5 Kindern aufnehmen, gelte diese Voraussetzung. Zudem müsse ein Zimmer für das Pflegekind vorgehalten werden und man verlange zudem ein erweitertes Führungszeugnis, eine Schufa-Auskunft und die Absolvierung eines Seminars von den Pflegepersonen. Von ihr und ihren Kolleginnen werde dann ein Genogramm gefertigt. Hier zeige der Stammbaum auch die Situation des Aufwachsens der potentiellen Pflegeeltern, wie Krisen gemeistert wurden und welche Ressourcen vorhanden seien. Es gebe auch potentielle Pflegeeltern, die in diesem Prozess wieder abspringen würden.

In den einzelnen Fällen käme es darauf an, dass das zu vermittelnde Kind in die Familie passen müsse. Ihre Aufgabe sei es auch, den Eltern Mut zu machen, das Kind wieder abzugeben, wenn es nicht passen würde.

Herr Baxmann weist darauf hin, dass dies ein sehr emotionales Thema sei, das ein hohes Maß an Sensibilität, aber auch Rationalität erfordere. Er möchte gern wissen, wie unterschiedliche Wertvorstellungen bei potentiellen Pflegeeltern mit den Vorprägungen der zu vermittelnden Kinder übereingebracht würden. Es sei nicht sinnvoll, dass Kinder nur von pädagogisch geprägten Eltern betreut würden. Sie müssten auch die Wirklichkeit erfahren und mit Ungerechtigkeiten und Launen der Eltern umgehen lernen.

Frau Schaller führt aus, dass der Pflegekinderdienst eine intensive und engmaschige Betreuung biete. Eine Kontrolle erfolge nicht. Durch die Voraussetzung, dass ein betreuender Elternteil ein Einkommen generieren müsse, bilde man die Wirklichkeit des Lebens ab.

Herr Baxmann fragt nach, ob es Rückmeldungen von vormals untergebrachten Kindern gäbe, die über ihre Erfahrungen berichteten.

Frau Ludwig weist auf den Verein „Careleaver e.V.“ hin, der Evaluationen entwickle und Vorträge halte, auf welche Besonderheiten zu achten seien.

Herr Niemann bedankt sich bei dem Ausschuss dafür, dass er die zusätzliche Stelle im Pflegekinderdienst ermöglicht habe.

Frau Gersemann macht deutlich, wie wichtig ein eigenes Jugendamt sei und betont, dass der Ausschuss für Jugendhilfe und Familie Teil des Jugendamtes sei. Sie erkundigt sich nach der aktuellen Höhe der Heimkosten für untergebrachte Kinder.

Herr Niemann beziffert diese auf ca. 5.000 bis 6.000 Euro monatlich.

Frau Beigel fragt nach, wie hoch die Rückkehrquote in die Herkunftsfamilien sei.

Frau Schaller erläutert, dass diese bei Inobhutnahmen sehr hoch sei. Bei Dauerpflegeverhältnissen liege diese bei 0 %, da die Bindung des Kindes zur Pflegefamilie höchste Priorität habe.

Frau Wolbring erkundigt sich nach den Erfahrungen mit den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Frau Schaller führt aus, dass die Integration per se nicht einfach sei, da

die jungen Männer aus gänzlich anderen Kulturen kämen und sehr unterschiedliche Traditionen pflegten. Demgegenüber stünden aber hochmotivierte Familien.

Frau Hübert ergänzt, dass die Entwicklung hervorragend sei. Die Integration laufe genauso gut wie die angeeigneten Deutschkenntnisse der jungen Flüchtlinge. Die Gasteltern berichteten übereinstimmend davon, dass die Aufnahme der Flüchtlinge eine Bereicherung sei und dass sie diese auch über die Volljährigkeit hinaus begleiten möchten.

5. **Betriebsabrechnung ‚Kindertagesstätten 2016‘ Vorlage: BV 2018 0522**

Herr Kugel erläutert die Vorlage.

Die Nachfrage von Herrn Köneke (Nachfrage im Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten) zu den Betreuungseinheiten wird über das Protokoll wie folgt beantwortet:

Leider gab es in dem Zahlenmaterial der Fachabteilung eine fehlerhafte Formel. Die korrekte Anzahl der Betreuungseinheiten beläuft sich auf 632.567. Die Änderungen werden im Bericht 2017 noch eingearbeitet.

Herr Nijenhof erkundigt sich, ob sich durch den beabsichtigten Gebührenwegfall mehr Anmeldungen für die Kindertagesstätten ergeben hätten.

Frau Raue gibt zu bedenken, dass bereits nahezu 100 % der 3- bis 6-Jährigen betreut würden. Zudem sei man in den Planungen immer von 100 % Bedarf bzw. präventiv sogar noch von zusätzlichem Bedarf ausgegangen. Problematisch sei eher, dass der Bedarf nach Ganztagsplätzen gestiegen sei. Laut Satzung ist dieser Bedarf allerdings von der Elternschaft nachzuweisen. Zudem halte man bereits sehr viele Ganztagsplätze vor.

Herr Kugel weist darauf hin, dass die Neufassung des Kita-Gesetzes noch nicht erfolgt sei. Die Stadt werde an der Städtetag-Sitzung teilnehmen. Bisher sei von der Regierung geplant, die Gebühren für täglich bis zu 8 Stunden Betreuung zu übernehmen. Die Gebührenfestsetzung für Betreuungen über diese Zeit hinaus werde den Kommunen voraussichtlich überlassen. Burgdorf werde für diese Betreuungen eine Gebührenpflicht erheben. Die Ersparnis beim Verwaltungsaufwand sei daher sehr gering.

Herr Nijenhof bekräftigt, dass nach seinen Informationen neben den 8 Stunden Betreuungszeiten keinerlei Früh- oder Spätdienstbetreuungen oder Essensgelder übernommen werden sollen.

Herr von Oettingen erkundigt sich nach der Kostenübernahme durch die Region.

Frau Raue erläutert, dass die Gebühren für Familien mit SGB II-Bezug von der Region Hannover übernommen würden. Es erfolge keine Spitzabrechnung mehr, sondern eine Berücksichtigung bei der Regionsumlage.

Frau Wolbring fragt nach, warum die Stromkosten in Ehlershausen so gering seien.

Ergänzung über das Protokoll:

Die geringen Heizkosten der Kita Ramlingen-Ehlershausen sind der Tatsache geschuldet, dass die Zuordnung der Buchungen vorwiegend über automatische Kostenstellenauswertung erfolgt. Dadurch ist es leider nicht aufgefallen, dass bei der Kita Ramlingen-Ehlershausen nur die Schlusszahlung, jedoch keine Abschlagszahlungen auf die Kostenstellen gebucht wurden. Der richtige Betrag beläuft sich auf 1.676,88 €.

Die Mitglieder des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie fassen **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Die in der Anlage beigefügte Betriebsabrechnung ‚Kindertagesstätten 2016‘ wird zur Kenntnis genommen.

**6. Zuschüsse an Jugendgruppen
Vorlage: BV 2018 0533**

Herr Kugel erläutert die Vorlage.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss:

Den nachfolgend aufgelisteten Gruppen wird der jeweilige Zuschuss gewährt.

Jugendgruppe	Maßnahme	Kosten der Maßnahme	Zuschuss	
Fanfaren-corps Wiking	Vereinsheimunterhaltung		150,00 €	ErgHH
Pfadfinder Burgdorf	Vereinsheimunterhaltung		500,00 €	ErgHH
Jugendgruppe Sportfischereiverein	Anschaffung Seecontainer	1.785,00 €	500,00 €	FinHH
Landeskirchliche Gemeinschaft	Anschaffung Möbel für die Jugendgruppe	1.700,00 €	500,00 €	FinHH
Jugendgruppe Briefmarkenfreunde Burgdorf	Drucker etc.	250,00 €	100,00 €	ErgHH
Jugendabteilung Musikzug	Marschtrommel etc.	450,00 €	150,00 €	ErgHH

der Freiwilligen Feuerwehr				
DLRG Jugend Burgdorf	Anschaffung von Einsatzkleidung für Kinder u. Jugendliche (5 Stück)	425,00 €	150,00 €	ErgHH

**7. "Anpassung der Förderrichtlinien zur Jugendarbeit der Stadt Burgdorf", Antrag der FreieBurgdorfer
Vorlage: A 2018 0518**

Herr Nijenhof erläutert seinen Antrag.

Frau Gersemann schlägt vor, künftig auch Initiativgruppen die Chance zu eröffnen, Unterstützung zu erhalten. Dies würde auch Jugendliche fördern, die nicht organisiert seien. Die Gruppe müsse mindestens 3 Personen umfassen. Das Projekt könne dem Ausschuss auch gern präsentiert werden.

Herr von Oettingen schlägt vor, die Präsentation im Ausschuss als Bedingung aufzunehmen.

Frau Lehrke-Ringelmann gibt zu bedenken, dass diese Voraussetzung dann für alle anderen Gruppen auch gelten müsse.

Herr Kugel schlägt vor, die Vorlage mit den verschiedenen Möglichkeiten durch **Herrn Witte** vorbereiten zu lassen und in der nächsten Sitzung darüber abzustimmen.

Frau Gersemann regt an, die Möglichkeit für Initiativgruppen im Ferienkompass publik zu machen.

Frau Birgin bittet um Abstimmung. **Einstimmig** ergeht folgender

Beschluss:

Es wird beantragt, die Förderrichtlinie zur Jugendarbeit der Stadt Burgdorf anzupassen und um eine erhöhte Förderung von Freizeiten, die in einer Partnerstadt unserer Stadt oder einer unserer Ortschaften stattfindet, zu ergänzen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Gegenüberstellung der Fördersätze der Stadt Burgdorf und der aktuell geltenden Fördersätze der Nachbarstädte zu erstellen. Außerdem wird um Darlegung gebeten, wie viele Freizeiten in den letzten 4 Jahren gefördert wurden, wie viele Jugendliche davon jeweils profitierten und welche Organisationen Anträge gestellt haben.

Neben Jugendgemeinschaften, Sportvereinen und Jugendwohlfahrtsverbänden soll zukünftig auch Initiativgruppen die Chance eröffnet werden, Unterstützung zu erhalten. Mindestens 3 Personen sollten zu der Initiativgruppe gehören, diese benennt darüber hinaus einen festen Ansprechpartner bzw. eine feste Ansprechpartnerin. Teil des Antrags ist die Beschreibung eines Projektes

o.ä., eine Nachbereitung wird erwartet. Die Verwaltung möge bitte dementsprechend die bestehende Richtlinie überarbeiten und alle weiteren erforderlichen Ergänzungen einarbeiten.

8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

./.

9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

- a) **Frau Wolbring** berichtet von einem Zeitungsartikel, in dem bei den städtischen Kita's der Stadt Burgdorf von rein weiblichen Führungspositionen die Rede gewesen sei. Mit Herrn Ruff und Herrn Vasterling seien jedoch bereits zwei männliche Führungskräfte angesiedelt.

Herr Kugel gibt zu bedenken, dass es sich um eine ältere Statistik aus den Vorjahren gehandelt haben könnte.

- b) **Frau Wolbring** möchte gern wissen, ob es bereits Überlegungen gäbe, künftige Auszubildende über finanzielle Anreize wie Prämien zu gewinnen.

Frau Raue verneint dies. Noch warte man auf verlässliche Regelungen überörtlichen Charakters hierzu.

- c) **Frau Kuchenbecker-Rose** fragt nach, ob Eltern, die ihre Kinder vom Schulbesuch zurückstellen (sog. Kann-Kinder), nur noch Kita-plätze bis 12 Uhr bekämen. Diese Nachricht gehe innerhalb der Elternschaft um.

Frau Raue teilt mit, dass die „alten“ Betreuungszeiten in diesen Fällen erhalten blieben. Auch von den freien Trägern sei ihr nichts Gegenteiliges bekannt.

- d) **Herr Nijenhof** erkundigt sich, ob es auf kommunaler Ebene Projekte gebe, die eine Kooperation von Ausbildungsstätten mit den Kirchen beinhalte.

Herr Kugel kann hierzu noch nichts Konkretes sagen. Man warte hier zunächst die Entscheidung auf Landesebene ab.

- e) **Herr Nijenhof** fragt an, ob sich die Fertigstellung des Familienzentrums in der Südstadt verzögert und woran dies liege.

Herr Kugel bestätigt die Verzögerung. Bevor die Bauanträge gestellt werden könnten, müssten zunächst die entsprechenden Fördermittelanträge bewilligt werden.

Einwohnerfragestunde

./.

Geschlossen:

Stadtrat

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin